

Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Haushalt nicht ausgleichen

Interview mit Patrik Köbele, Ratscherr der DKP



Auf Seite 4 legt Patrik Köbele seine Einkünfte aus Ratsbezügen in 2007 offen und gibt Rechenschaft über ihre Verwendung ab.

Die Stadtverwaltung hat dem Rat der Stadt den Haushaltsentwurf für 2008/09 vorgelegt. Der Haushalt der Stadt weist derzeit jährlich 300 Mio. € strukturelle Defizite auf. Hinzu kommen die sogenannten 1,6 Mrd. Kassenkredite (bis Ende 2009 2,2 Mrd. €) und dazu gehörigen jährlichen Zinslasten von 150 Mio. € (2011: 181 Mio. €). Macht die Stadt so weiter wie bisher, wird sie bis 2015 pleite sein. rotlicht fragte dazu den Ratscherr der DKP, Patrik Köbele.

rotlicht: Was sind die Ursachen für diese Situation?

Patrik Köbele: „Dafür gibt es drei Ursachen: 1) Die Politik von Bund und Land und zwar unabhängig davon, ob SPD/Grüne, CDU und FDP regieren oder ob es eine große Koalition gibt, weisen den Kommunen immer neue Aufgaben zu, ohne für deren Finanzierung zu sorgen.

2) Die Gesetzgebung bei der Gewerbesteuer, die die Haupteinnahmequelle der Kommunen ist, erlaubt es vor allem großen Konzernen ihre Steuerzahlung, trotz sprudelnder Gewinne, ganz oder teilweise zu umgehen. Auch diese Gesetze werden vom Bund gemacht.

3) Die Stadt selbst macht den Großunternehmen Geschenke (Steag/Evonik) oder investiert in Schaufensterprojekte (Messe Essen, Zollverein etc.)“

rotlicht: Was sagst du zu dem vorgelegten Haushaltsentwurf?

Patrik Köbele: „Auf all das haben die Menschen in unserer Stadt keinen Einfluss – aber die Zeche sollen sie zahlen. Das ist

Aufstellung der Schenkungen an die Konzerne und vermeidbare Ausgaben

Steag Deal (jährl.)	10-15 Mio. €
Folkwang Museum	
Tiefgarage	5 Mio. €
Klimaanlage Betriebskosten (20 J.)	16 Mio. €
Messe Essen	
Grundstücksschenkung	3,5 Mio. €
Tiefgarage	13,5 Mio. €
vermeidbare Kosten	
Bürgerentscheid	0,8 Mio. €
Mietk. Weststadt Halle (jährl.)	0,34 Mio. €
	49,14 – 54,14 Mio. €

der Hauptinhalt des vorgelegten Haushaltsentwurfs. Er orientiert auf Kürzungen und Privatisierungen. Selbst das wird aber an der katastrophalen Situation nichts ändern. Selbst diese Sparhaushalte halten den Bankrott nicht auf. Es ist zu erwarten, dass die Essener Vertreter der Berliner/Düsseldorfer Regierungsparteien (in Essen noch mit Hilfe der Grünen) diese Sparhaushalte beschließen werden. Zu Lasten der Menschen und ohne eine Perspektive aus dieser Schuldenfalle herauszukommen. Nützen wird dies alles nur den Banken und Großkonzernen.

rotlicht: Was wäre die Alternative?

Patrik Köbele: Mit uns wird es das so nicht geben. Kürzungen zu Lasten der Menschen, des Breitensports, der Breitenkultur werden wir nicht mittragen. Wir fordern alle Parteien im Essener Rat auf Ernst zu machen mit der Forderung nach einer grundlegenden Finanzreform zu Gunsten der Kommunen. Eigentlich müsste dies den anderen Parteien ja leicht fallen, sind es doch ihre Parteifreunde, die in Berlin und Düsseldorf die Verantwortung dafür tragen. Wir fordern alle Parteien im Essener Rat dazu auf Schluss zu machen mit den Geschenken an die Essener Großkonzerne.“

Bädergutachten: Genug gespart!

„Der breite Widerstand und das Bürgerbegehren gegen den Masterplan Sport haben gewirkt. In Verbindung mit der Bestandsaufnahme aus dem Gutachten ist jetzt endlich die von uns von Anfang an geforderte offene Diskussion möglich. Jetzt sollten auch wirklich alle an einen Tisch! Dabei darf es nicht nur um einen „Sparbeitrag“ der Bäder gehen, sondern um den Bedarf in den Stadtteilen, der ja im Gutachten auch beachtet wird“, so die Fraktion DIE LINKE/DKP/AUF in einer Presseerklärung. Einen Beitrag zu dieser Diskussion leistet Patrik Köbele, Ratscherr der DKP.

„Genug gespart! Bereits 2001 wurden 2 Freibäder geschlossen, damit muss jetzt Schluss

sein. Das Gutachten kommt zum Ergebnis, das der Erhalt der Bäderinfrastruktur von heute einen jährliche Zuschussbedarf von 14 Millionen € bedeuten würde. Das sind mir unsere Bäder wert, dieser Betrag muss festgeschrieben werden. Ob er nun in den Erhalt oder die Neuinvestitionen für neue Anlagen, als Ersatz für zu Schließende investiert werden soll, dies muss in einer breiten Diskussion mit den Betroffenen (Bevölkerung, Vereine, Schulen) erarbeitet werden.“

Zu diesem Thema lädt die Interessensvertretung Essener Sportvereine zu einem Treffen ein: 05.03.08, 19.00 Uhr, Vereinsheim des DJK SC Altenessen, Kuhlhoffstr. 31

Der Fall NOKI

Auf einer Veranstaltung der DKP Essen hat Prof. Wolfgang Richter, Mitglied des Rates der Stadt Dortmund, vorgerechnet, dass durch die Subventionsgeschenke an NOKIA jeder Arbeitsplatz monatlich vom Steuerzahler mit 500 € gesponsert wurde. Noch am 24. Januar meldete das Unternehmen eine Gewinnsteigerungsrate von 67 % (7,2 Mrd. €). Laut einem Medienbericht erzielte das Werk in Bochum einen Jahresgewinn von 134 Millionen €. Pro Mitarbeiter in der Produktion entspricht das einem Gewinn von rund 90.000 €. Dennoch reicht es den Nokia-Besitzern offenbar nicht. Rüttgers tut empört. Doch das ist pure Demagogie. Schließlich waren es seine Kumpanen, die im EU-Parlament dafür sorgten, dass die Bindungsfrist der Unternehmen von zehn auf fünf Jahre gesenkt wurde.

Sklaven- und Zwangsarbeit in Essen

Zu diesem brisanten Thema hat die DKP Essen am 21.01.2008 in die Volkshochschule eingeladen. Die informationsreiche Podiumsdiskussion wurde von Patrik Köbele, Ratsherrn der DKP, moderiert.

Die Großbaustelle Limbecker Platz: Ein Betrugsumpf!

Mittelsmänner von Subunternehmen des Bauriesen Bilfinger Berger sollen für die Großbaustelle am Limbecker Platz Osteuropäer angeworben haben. Sie wurden zum zuständigen Gewerbeamt gebracht, wo sie mit ihrer Unterschrift ein Gewerbe anmeldeten. Das wussten die Arbeiter allerdings nicht. Sie dachten, sie würden im Rathaus ihren Wohnsitz anmelden. Aus abhängig Beschäftigten machte man so prompt Selbstständige („Scheinselbstständige“). „Das ist mittlerweile eine weitverbreitete Praxis der Unternehmen in Deutschland, damit sie den Mindestlohn und das Tarifrecht umgehen können“, stellt Peter Köster (stellvert. Bezirksvorsitzende IG-Bau-Mülheim-Essen-Oberhausen) fest.

Tatort Großbaustelle Limbecker Platz

Die rumänischen und polnischen Bauarbeiter sollten auf der Großbaustelle Limbecker Platz arbeiten. Dem Europäischen Verband der Wanderarbeiter (EVW) zufolge wurde ihnen ein Monatslohn von rund 1.500 Euro versprochen. Den polnischen Kollegen wurde ein Stundenlohn von 9 Euro versprochen, berichtete Holger Vermeer von der Gewerkschaft IG Bau. Doch Lohn gab es nur in Form von unregelmäßigen Vorschüssen: Mal 50 Euro, mal 200 Euro und immer das Versprechen auf baldige Entlohnung. Umgerechnet auf die reale Stundenzahl arbeiteten sie für nur 1,48 Euro in der Stunde. Dank dem Engagement der Kolleginnen und Kollegen der IG Bau und des EVW kamen die Arbeiter dann doch noch zum ihrem Lohn.

Patrik Köbele, Ratsherr der DKP, ist empört über den Vorfall. Köbele stellt dazu

fest: „Wir hatten die skandalöse Abzocke schon bei dem Bau der Philharmonie, Kulturerbe Zollverein, selbst beim Bauvorhaben der Staatsanwaltschaft. Darum hat die Fraktion DIE LINKE/ DKP/AUF einen Antrag auf „Verpflichtung der Subunternehmer auf Zahlung von Mindestlöhnen“ gestellt. Dieser Antrag ist von CDU/SPD und Grünen abgeschmettert worden: Ein so renommiertes Unternehmen wie Bilfinger Berger werde seiner „Selbstverpflichtung“ schon nachkommen. Doch wenn man die Konzerne nicht an die Leine nimmt, sind Beschiss und Betrug vorprogrammiert. Hier hat die Kommunalpolitik die Pflicht und auch vielerlei Möglichkeiten solche Machenschaften zu unterbinden.“

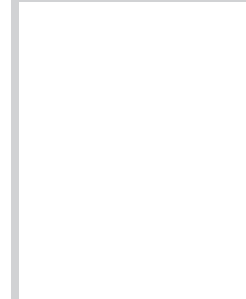
Hartz IV und Ein-Euro-Sklaverei muss weg!

Denken wir auch an die Hartz-IV-Empfänger und Ein-Euro-Sklaven in Essen. Hartz IV sorgt für Verelendung und für billige Arbeitskräfte und führt darüber hinaus zur Verschuldung der Kommunen. Nach zwei Jahren von Hartz IV und Ein-Euro-Sklaverei bestätigt nun eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung das Scheitern der Maßnahme. Sie führt nicht zu den versprochenen Ergebnissen. In seltensten Fällen kommt man damit aus der Langzeitarbeitslosigkeit heraus. Im Gegenteil. Die Ein-Euro-Sklaverei führt dazu, dass Arbeitslose ihre Arbeitskraft durch behördliche Verordnung zum Nulltarif verkaufen müssen. „Deshalb brauchen die Menschen kein Hartz IV und schon gar keine offiziell verordnete Ein-Euro-Sklaverei“, schlussfolgert Ratsherr der DKP, Patrik Köbele: „Was die Menschen brauchen, ist eine sinnvolle Arbeit, die ein menschenwürdiges Leben ermöglicht.“



Kinderarmut in Essen

Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung bestätigt es wieder: In diesem Land werden die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer. Es sind vor allem Kinder, die von der Armut betroffen sind. Laut Kinderreport des Deutschen Kinderhilfswerks leben 14 % der Kinder (2,6 Mio.) in Deutschland in Armut.



In Essen liegt die Zahl über den Bundesdurchschnitt. In unserer sonst so reichen Stadt leiden 27.200 unter Armut. Letztes Jahr waren es noch 19.000. Nach aktuellen Zahlen lebt jedes dritte Kind von Hartz-IV. Jürgen Beese von der DKP Essen hebt hervor, dass ein Großteil dieser Kinder im Essener Norden lebt. Im Stadtkern lebt 70 % der dort angemeldeten Kinder offiziell in Armut. Was macht die Stadtverwaltung dagegen? „Sie reagiert darauf mit falschen Maßnahmen“, so Jürgen Beese: „Mit Kürzungen und Streichungen im Kinder- und Jugendbereich, mit unbezahlbaren ÖPNV-Preisen, mit Schließung von Bibliotheken Sportanlagen und Schwimmbädern. Kurz, mit diesen Maßnahmen verwehrt die Stadtverwaltung den armen Kindern in Essen die Teilhabe an Kultur und Freizeit.“

Veranstaltung zum Internationalen Anzeiger

Ein politisches Programm des DKP-Frauenarbeitskreises mit Liedern und Texten zum Thema Kinderarmut in Deutschland



Matinee am Sonntag, 9. März 2008, 12.00 Uhr
Einlass 11,30 Uhr. Zeche Carl, Wilhelm-Nieswandt-Allee 100. Eintritt: 5 €, ermäßigt: 3 €

Essen – Großstadt für Kinder?

Unter diesem Titel laden die Bürgerbegehren „Stoppt den Masterplan Sport“ und „Essen ist unser“ zu einer Diskussionsveranstaltung in die Volkshochschule Essen ein. Die Veranstaltung findet am 28. Februar um 19:00 Uhr statt. In dem vom Bundesfamilienministerium in Auftrag gegebenen Familienatlas 2007 wird Essen, was die Familienfreundlichkeit anbetrifft, in die schlechteste Kategorie eingeordnet. Die Unternehmensberatung Prognos wird auf der Veranstaltung die Essener Situation darstellen.

DKP über die „Konzernstadt“ Essen



Karin Schnittker, Vorsitzende der DKP Essen

In den offiziellen Dokumenten der Stadtverwaltung wird Essen immer öfter als eine „Konzernstadt“ bezeichnet. Damit wird unsere Stadt zum einen als Stadt der Konzerne definiert und zum anderen wird sie selbst als ein Konzern aufgefasst. In dieser Doppelbedeutung der Bezeichnung wird auch die Grundorientierung der Politik

der großen Mehrheit im Rat deutlich. „Zunächst meint man damit offensichtlich die uneingeschränkte Unterstützung der Konzerne. Diese Politik wird zumeist als „Förderung der Wirtschaft“ umschrieben. Um sich ein Bild zu machen, was damit gemeint ist, genügt es, sich das 150 Millionen Geschenk an Steag (heute Evonik) in Erinnerung zu rufen“, sagt Karin Schnittker, die Vorsitzende der DKP Essen.

Zehn der 100 größten deutschen Konzerne haben in unserer Stadt ihre Zentrale. Der Oberbürgermeister Reiniger hebt deshalb hervor, dass unsere Stadt, was die Zahl der Konzernzentralen anbetrifft, in der ersten Liga spielt. Er muss aber gleichzeitig zugeben, dass man daraus nicht schließen kann, dass die Konzerne Geld in die Stadtkasse bringen. Die Konzerne gehören nämlich in unserer Stadt zu jenen, die zwar die Infrastruktur nutzen, aber am wenigsten bis gar keine Gewerbesteuer zahlen. „Wozu aber die ganzen Geschenke und

Förderungen, wenn das der Stadt kaum was bringt?“ fragt Karin Schnittker weiter.

Zum anderen darf unsere Stadt nicht in einen Konzern umgebaut werden. Eine Stadt ist eine Kommune und als solche ist sie eine Solidargemeinschaft. Ein Konzern hingegen hat nur ein Ziel, nämlich Profit zu machen. Seinen „Kunden“ will er deshalb die höchsten, erzielbaren Preise diktieren, seinen Mitarbeitern möglichst niedrige Löhne bezahlen. So ähnlich verhält sich zwar die Stadt Essen unter der Leitung der CDU und Grünen. Aber das politische Ziel einer sozialen Kommunalpolitik kann das keinesfalls sein. Die DKP lehnt es deshalb ab, dass die Stadt Essen sich gegenüber ihren Bürgern und Mitarbeitern so verhält wie etwa Mannesmann, Nokia oder die Deutsche Bank gegenüber ihren Kunden und Mitarbeitern. „Die DKP kämpft dafür, dass unsere Stadt zu dem wird, was sie tatsächlich ist: Nämlich zu einer solidarischen Stadt“, fügt Karin Schnittker hinzu.

Jugend darf nicht kriminalisiert werden!



(Links) Siw Mammitzsch, DKP-Essen, Schwerpunkt: Kinder und Jugendpolitik (Rechts) Bahar Güngör von der DIFD-Jugend

Überall redet man über Jugendkriminalität. Roland Koch und seine CDU fordern die Verschärfung des Jugendstrafrechts. Dabei spricht die Statistik eine andere Sprache: Die sogenannte „Jugendkriminalität“ ist seit Jahren rückläufig. „Jugendliche Gewalt“, stellt Siw Mammitzsch von der DKP Essen fest: „hat wie alle anderen Gewaltformen oft soziale Ursachen. Eltern, Freunde, Schule, insbesondere aber fehlende Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz sind hierbei zentral.“

Die Freizeitangebote für Jugendliche werden seit Jahren reduziert. Auch im Haushaltsentwurf 2008/2009 ist der Bereich Jugend von Kürzungen stark betroffen. „Wie der Essener Jugend- und Bil-

dungsdezernent Peter Renzel da zu mehr Prävention gegen Gewalt kommen will, bleibt mir ein Geheimnis“, erklärt Ratsherr Patrik Köbele: „Die Jugendlichen brauchen keine Prävention, sondern eine sinnvolle Perspektive.“

Die Jugendlichen in Katernberg z. B. beschreiben ihre Situation in der „Straßenhymne Katernberg“, die sie kürzlich im Bürgerzentrum Kon-Takt vorgestellt haben. Sie reden von der Perspektivlosigkeit nach der 8. Klasse. Lehrer bestätigen dies: Hauptschule bedeutet, keine Chance zu haben. „Heute meint man zumeist uns die ‚Schwarzköpfe‘, wenn man von der Jugendkriminalität redet. Die Jugendlichen mit Migrationshintergrund werden in der

Gesellschaft oft allein aufgrund ihres Aussehens schon als Täter kriminalisiert“, stellt Bahar Güngör von der DIFD-Jugend fest.

Statt „Gelbe Karte“ und „Warnschuss-Arrest“, wie auch in Essen angedacht ist, brauchen die Jugendlichen intensive Unterstützung in der Schule, qualifizierte Ausbildungs- und Arbeitsplätze und ausreichende Freizeitangebote. „Sie dürfen nicht weiter kriminalisiert werden“, fordert Karin Schnittker, Vorsitzende der DKP Essen.

Anzeige

Jetzt will ich auch

- mehr Infos über die DKP
- Kontakt zu einer DKP-Gruppe in meiner Nähe
- Mitglied der DKP werden

Name

Vorname

Straße

PLZ / Ort

Ausfüllen, ausschneiden & abschicken an:
DKP Essen, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
www.dkp-essen.de
E-Mail: dkp.essen@dkp-essen.de

DKP-Ratsherr mit gläsernen Taschen

Einnahmen und Ausgaben von Patrik Köbele aus seiner Ratstätigkeit 2007

Aufwandsentschädigungen: 4.896,00 €	Regelmäßige Spenden an die DKP Essen	12 x 380,- € = 4.560 €
Sitzungsgelder: 1.002,50 €	Weitere Spenden:	
Kilometerpauschalen: 581,08 €	22.01.2007	Druckkosten Bürgerentscheide: 106,00 €
Summe: 6.479,58 €	26.03.2007	Spende Kommunalwahl-Fonds: 350,00 €
davon steuerpflichtig: 3.287,58 €	29.05.2007	Essen ist unser 200,00 €
Steuern: 986,27 €	14.06.2007	Kabelbinder Plakatierung 96,00 €
Nettoeinkünfte: 5.493,31 €	24.07.2007	Hartfaserplatten Plakatierung
	02.08.2007	Bürgerentscheide 318,52 €
	06.08.2007	Kabelbinder Plakatierung 61,30 €
	06.09.2007	Büromaterialien Bürgerentscheide 43,98 €
	20.09.2007	Handzettel Bürgerentscheide 286,40 €
	03.12.2007	Stoppenberger Kalender 60,10 €
		Familienatlas Bürgerebegehren 200,00 €
		Summe Spenden: = 6.282,30 €

Den weltgrößten Giftgasspeicher verhindern!



Die Bayer AG plant den Bau einer Kohlenmonoxidfernleitung zwischen Köln und Krefeld. Sie soll 67 km lang sein. Experten bezeichnen sie deshalb als den weltgrößten Giftgasspeicher. Nach bisherigen Informationen kann noch nicht ermittelt werden, ob das Essener Stadtgebiet davon direkt betroffen ist. Es gibt bereits drei Gutachten, in denen die Giftgasleitung sehr unsicher und hochgefährlich eingestuft wird. In einem Rechtsgutachten werden viele rechtliche Bedenken geäußert. In einem techni-

schen Gutachten wird u. a. festgestellt, dass Planungsregeln unberücksichtigt und zum Teil verwirrend angewendet wurden. Es wird in Zweifel gezogen, ob der besonderen Gefährdung durch Kohlenmonoxid Rechnung getragen wurde. Schließlich wird hervorgehoben, dass die getroffenen technischen Maßnahmen eine Freisetzung des hochgefährlichen Kohlenmonoxids nicht ausschließen. In einem medizinischen Gutachten wird betont, dass schon eine 0,1-prozentige Konzentration des Kohlenmo-

noxids (CO) in der Atemluft zu Koma und in den meisten Fällen zum Tod führt. Ein Loch von nur 5-6 Millimeter reicht aus, die Menschen im Umkreis von 100 Metern innerhalb von 1-2 Minuten zu töten. Selbst nach einer leichten CO-Vergiftung muss mit enormen Spätschäden wie z.B. mit Herzrhythmusstörungen oder dem Wachkoma gerechnet werden. Die Gefährlichkeit des Baus wird deutlicher, wenn man bedenkt, dass die Leitung durch 32 Wohngebiete verlaufen soll, in denen Häuser, Kindergärten und Schulen einen Abstand von 50 m haben. Es kommt hinzu, dass die Fernleitung größtenteils parallel zur Autobahn A3 verlaufen soll. Auf ihrer letzten Sitzung hat die Fraktion Die Linke/DKP/AUF deshalb beschlossen, in der Sache tätig zu werden. Karin Schnittker, Vorsitzende der DKP Essen, ruft auf, die Bürgerinitiativen gegen den Bau der Giftgasleitung zu unterstützen. (Für weitere Informationen und Unterschriftenlisten: <http://www.muthilden.de/>)

Arme Menschen dürfen nicht in der Kälte stehen gelassen werden!

Die Ratsfraktion DIE LINKE/DKP/AUF hält es für einen Skandal, dass es in Essen Menschen gibt, die sich Strom und Gas nicht mehr leisten können. Deshalb kündigt sie für die nächste Ratssitzung eine Initiative zur Einführung von Sozialtarifen in der Strom- und Gasversorgung an. Sowohl der RWE-Konzern, der in Essen den größten Teil der Stromversorgung in der Hand hat, als auch die Stadtwerke als Gaslieferant sollen aufgefordert werden, für arme Menschen den

Bezug von Strom und Gas zu günstigeren Bedingungen anzubieten. Die Fraktion DIE LINKE/DKP/AUF, SPD, Grüne hätten im Essener Stadtrat mit 41 von 83 Stimmen eine gute Chance, dies im Rat durchzusetzen.

IMPRESSUM:

Herausgeber: Patrik Köbele, Hoffnungstr. 18, 45127 Essen • Tel.: 0201/23 56 45
E-Mail: dkp.essen@dkp-essen.de
Druck: Druckerei Helmut Große, Gladbeck
Für kostenl. rotlicht-Abo bitte Adresse mitteilen

kurz & knapp

Sozialticket für den öffentlichen Personennahverkehr

Die Fraktion Die Linke/DKP/AUF beantragt beim Rat der Stadt Essen die Einführung eines Sozialtickets. Es soll die Mobilität vor allem der Arbeitsuchenden erhöhen, damit sie bei der Arbeitssuche nicht behindert werden. Darüber hinaus soll es ein kleiner Beitrag dazu sein, dass alle bedürftigen Menschen sich an sozialen und kulturellen Aktivitäten beteiligen können. Die Stadt Dortmund hat bereits ein Sozialticket eingeführt. (siehe auch rotlicht 5/2007)